

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 28. Oktober 2013

Verfasser: Michael Zeugin

Zustellung der Lohnabrechnung für kantonale Angestellte per eMail im Internet (Jörg Mäder)

Der Regierungsrat wurde aufgefordert darzulegen ob und wie man die Lohnabrechnungen der kantonalen Angestellten künftig elektronisch verschicken könnte anstatt per Post. Leider verpasste der Regierungsrat diese Chance und redete in erster Linie von möglichen Schwierigkeiten (bis hin zum Versand von Lunch-Checks) anstatt von Chancen (insbesondere Kosteneinsparungen). Wir Grünliberalen forderten einen Zusatzbericht, um der Verwaltung etwas Druck zu machen, leider lehnte die Mehrheit dies ab.

Weissgeldstrategie der ZKB (Daniel Hodel)

Wir Grünliberalen haben Verständnis für die Absicht hinter dieser Motion – aber sie schiesst über das Ziel hinaus. Wir Grünliberalen wollen wir langfristig einen attraktiven Schweizer Finanzplatz (und nicht nur eine saubere ZKB). Es ist Aufgabe des Gesetzgebers für alle Banken die entsprechenden Gesetze zu erlassen. Und dann ist es die Aufgabe jeder Bank und jedes Unternehmens in der Finanzwirtschaft diese Spielregeln einzuhalten. Aber eine Strategie für ein einzelnes Institut wie die ZKB zu fordern, sollte nicht auf Geheiss des Parlaments geschehen. Der Rat lehnt wie wir den Vorstoss ab.

Anpassung der Eigenmietwerte für unentgeltlich zur Verfügung gestellten Wohnraum (Judith Belache)

Die Motion fordert, dass der Eigenmietwert reduziert wird, wenn jemand für bedürftige Angehörige unentgeltlich Wohnraum zur Verfügung stellt. Die Grünliberalen finden die Motion im Grundsatz verständlich. Doch die Idee, den Eigenmietwert zu reduzieren widerspricht zum einen bundesrechtlichen Bestimmungen. Zudem ist der Eigenmietwert für die Eigennutzung gedacht. Auch wird dadurch wieder ein Abzug geschaffen, anstatt die Steuererklärung zu vereinfachen. Für Zuwendungen an bedürftige Angehörige gibt es in der Steuererklärung bereits die Möglichkeit eines Abzugs. Dies bedeutet, dass materiell die Forderung bereits erfüllt werden kann. Es gibt also keinen Grund die Motion zu überweisen – eine Mehrheit des Rates ist auch dieser Ansicht.

Mehr Mittel für den Sportfonds (Michael Zeugin)

Anstoss für diese Motion war ein hoher Geldbestand im Lotteriefonds. Das Vermögen hat sich jedoch bereits wieder deutlich reduziert und die aktuelle Finanzplanung sieht einen weiteren Abbau vor. Eine zusätzliche Reduktion würde unweigerlich direkt Projekte gefährden, die traditionell aus dem Lotteriefonds bezahlt werden: Projekte aus dem Bereich Naturschutz, Kultur, Inland- und Entwicklungshilfe. Zudem verfügt der Sportfonds selber über genügend Mittel. Der frei verfügbare Bestand im Sportfonds entspricht der doppelten Höhe der jährlichen Einlage. Eine kurzfristige Anpassung zu Gunsten des Sports wirft auch ordnungspolitische Fragen auf. Die Förderung des Sports wird in der Kantonsverfassung als ausdrückliche Aufgabe von Kanton und Gemeinden (also steuerfinanziert) bezeichnet. Gelder aus dem Lotteriefonds (Swisslos) sind explizit für „gemeinnützige“ Projekte vorgesehen, die keine ausdrückliche Aufgabe von Kanton und Gemeinden sind (und somit nicht steuerfinanziert). Deshalb lehnen die Grünliberalen die Motion ab, blieben aber in der Minderheit.

Jugendförderung steuerlich entlasten (Judith Belache)

Natürlich stehen auch wir für eine solide, nachhaltige Jugendförderung ein. ABER: wollen wir jedes Engagement, das freiwillig und aus sozialen Gründen erbracht wird, in einen finanziellen Zusammenhang bringen? Wollen wir jedes Juniorentaining, jedes Kochen in einem Pfadilager auf der Steuererklärung abziehen? Die Forderung der CVP ist gut gemeint. Aber gut gemeint ist in diesem Fall das Gegenteil von gut. Die Grünliberalen lehnen dieses Postulat ab.

Beitrag aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stadt Winterthur für den Umbau und die Sanierung der Villa Flora (Andreas Hauri)

Die Villa Flora in Winterthur ist durchaus von kantonaler Bedeutung. Die Liegenschaft ist schutzwürdig. Genauso deren Kunstsammlung resp. der Museumsbetrieb. So gesehen scheint dies ein klarer Fall zu sein. Die Vorlage, sowie die Verstrickungen zwischen Kanton, Stadt Winterthur und der Stiftung, Verein Villa Flora und des Kunstvereins Winterthur, sind jedoch unnötig komplex und werfen insgesamt einige kritische Punkte auf. Ein Teil der Fraktion ist der Ansicht, dass die Bedingungen für einen Beitrag aus dem Lotteriefonds für die Villa Flora erfüllt sind und stimmt dem Antrag (inklusive Zusatzantrag der FIKO) für einen Beitrag aus dem Lotteriefonds an die Villa Flora zu, ein Teil sagte „nein“. Der Betrag wird gesprochen.

Planungs- und Baugesetz (Thomas Wirth)

Im Rahmen der Revision des PBG hat der Kantonsrat sich auf Druck von FDP, SVP und CVP für eine weitere Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts ausgesprochen. Besonders problematisch ist, dass die neue Formulierung juristisch unbestimmt ist. Das heisst, dass nun vor allem die Anwälte und Gerichte viel Arbeit haben, bis sich eine neue Praxis herausbildet. Die Grünliberalen bedauern diesen Abbau der Umweltgesetzgebung ausserordentlich.

Motion Senkung Stromverbrauch Kanton Zürich (Barbara Schaffner)

Stromeffizienz ist wichtig und sollte gefördert und gefordert werden. Dazu braucht es eine Gesamtbetrachtung im Energiebereich. Effiziente Anwendungen von Strom sind der ineffizienten Anwendung von fossilen Brenn- und Treibstoffen vorzuziehen – auch wenn dies zu einem Anstieg des Stromverbrauchs führen kann. Wir unterstützen diese Motion um die Anstrengungen im Bereich Stromeffizienz zu verstärken, der Rat lehnte aber ab.

Motion Erhöhung Anteil erneuerbarer Strom im Kanton Zürich (Barbara Schaffner)

Wir Grünliberale wollen mehr Strom aus erneuerbaren Quellen – vor allem im Kanton Zürich. Glücklicherweise findet diese Entwicklung statt – mit oder ohne Zutun der Politik. Was wir beschliessen und was der Regierungsrat unternimmt hat aber einen Einfluss auf die Geschwindigkeit dieser Entwicklung. Wir können sie behindern oder eben fördern – und genau dies ist das Ziel der vorliegenden Motion. Die Grünliberalen stimmen für eine schnellere Gangart im Ausbau des erneuerbaren Stroms – eine Mehrheit des Rates leider nicht.